

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Peter Hettlich, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/13172 –**

Alternativen zum Weiterbau der Bundesautobahn A 100 in Berlin

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, gegenüber dem Land Berlin darauf hinzuwirken, das laufende Planfeststellungsverfahren für den 16. Bauabschnitt der A 100 einzustellen. Die für den Weiterbau der A 100 vorgesehenen Bundesmittel von 420 Mio. Euro sollen nach in dem Antrag genannten Maßgaben für die Entwicklung Berlins als „Leitmetropole klimagerechte Mobilität“ verwendet werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/13172 abzulehnen.

Berlin, den 15. September 2009

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Ingo Schmitt (Berlin)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Ingo Schmitt (Berlin)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/13172** in seiner 224. Sitzung am 28. Mai 2009 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, gegenüber dem Land Berlin darauf hinzuwirken, das laufende Planfeststellungsverfahren für den 16. Bauabschnitt der A 100 einzustellen und dass die für den Weiterbau der A 100 vorgesehenen Bundesmittel von 420 Mio. Euro nach in dem Antrag genannten Maßgaben für die Entwicklung Berlins als „Leitmetropole klimagerechte Mobilität“ verwendet werden sollen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/13172 in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, der 16. Bauabschnitt der Stadtautobahn in Berlin sei verkehrlich sinnvoll; seine Realisierung werde 60 000 Menschen, die derzeit durch den Verkehr auf engen Stadtstraßen belästigt würden, zukünftig besser vor Verkehrslärm und sonstigen negativen Erscheinungen des Verkehrs schützen. Dass ein solcher Autobahnbau die Anwohner entlaste, zeige auch die Erfahrung mit bereits abgeschlossenen Projekten. Man könne auch nicht erkennen, dass das Land Berlin diese Autobahn nicht mehr weiterbauen wolle; auch im Abgeordnetenhaus von Berlin gebe es für dieses Projekt eine breite Mehrheit. Sie forderte dazu auf, gemeinschaftlich nach vor-

ne zu blicken und notwendige Infrastrukturmaßnahmen nicht zu blockieren.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass das Projekt im Bundesverkehrswegeplan, auch mit den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in den Vordringlichen Bedarf eingestuft sei. Im Ostteil Berlins gebe es Defizite bei der Verkehrsanbindung, die A100 sei im Westteil Berlins weitaus besser ausgebaut. In Treptow-Köpenick ergebe sich durch die derzeitigen Verkehrsverhältnisse eine starke Belastung in den Anwohnerstraßen. B1 und B5 seien sehr überlastet. Deshalb erhofften sich Berlin und Brandenburg durch den Weiterbau der A 100 eine Entlastung. Sie unterstütze daher das Projekt und lehne den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass der gültige Bundesverkehrswegeplan der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen worden sei. Man sehe nicht, dass sich innerhalb der letzten fünf Jahre Erkenntnisse in Bezug auf die A 100 wesentlich verändert hätten. Es werde auch kein Bundesland gezwungen, ein Planfeststellungsverfahren zu eröffnen. Wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Auffassung sei, dass die Mittel für das Projekt ohnehin nicht verfügbar sein würden, sei es auch nicht nachvollziehbar, wie man in dem Antrag dann Vorschläge für eine anderweitige Nutzung der Mittel unterbreiten könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bemerkte, bei dem vorgesehenen Weiterbau der A 100 plane man, 140 Mio. Euro für einen Kilometer Autobahn auszugeben, während im Durchschnitt in Deutschland ein Kilometer Autobahn zwischen 3 und 10 Mio. Euro koste. Zudem zerschneide man bei der Realisierung dieses Projektes ein beliebtes Wohngebiet und vernichte Kleingärten. Die Verantwortung trage der Bund, denn das Land setze nur die Bundesverkehrswegeplanung um. Man müsse überlegen, wie die vorgesehenen Mittel umgewidmet werden könnten, um mit geringerem finanziellem Einsatz stärkere Effekte erreichen zu können.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bezweifelte, dass überhaupt genügend Mittel verfügbar sein würden, um das Projekt A 100 realisieren zu können. Die Fortführung der A 100 durch dicht besiedeltes Gebiet mache jedenfalls keinen Sinn. Das knapper werdende Geld für Verkehrsprojekte sei bei anderen Projekten sinnvoller investiert. Man müsse sich in der nächsten Legislaturperiode auch Gedanken machen, wie man Fehlallokationen vermeide, die dadurch bedingt seien, dass Stadtstaaten Autobahnen bauen müssten, um ihre Quote bei den Haushaltsmitteln für den Fernstraßenbau ausschöpfen zu können.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/13172.

Berlin, den 15. September 2009

Ingo Schmitt (Berlin)
Berichterstatter

